

## "Augen zu und durch" in Der Spiegel (18. April 2005)

**Quelle:** Der Spiegel. 18.04.2005, n° 16. Hamburg.

**Urheberrecht:** (c) Der Spiegel

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"augen\\_zu\\_und\\_durch"\\_in\\_der\\_spiegel\\_18\\_april\\_2005-de-93cc195b-0e72-447b-8400-fadd11cb7082.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

## Augen zu und durch

Schon wieder soll der Brüsseler Club größer werden. Mit Bulgarien und Rumänien werden zwei der ärmsten Länder aufgenommen, in denen Mafia-Banden und Korruption zum Alltag gehören.

Es gibt einen Kronzeugen. Er hat bereits ausgesagt, mehrfach und in aller Öffentlichkeit. Jeder konnte es hören, jeder hatte seine Schlüsse daraus ziehen können.

Im Wesentlichen sind es zwei Sachverhalte, die der Zeuge zu Protokoll gegeben hat: „Ich behaupte ohne Zögern, dass fast alle Institutionen des Staates von Korruption betroffen sind.“ Die andere Aussage bezog sich auf die Frage, ob sein Land auf den Beitritt zur Europäischen Union im Januar 2007 wirklich vorbereitet sei. „Nein“, antwortete der Zeuge mit entwaffnender Ehrlichkeit, „wenn der Vertrag unterzeichnet wird, ist Rumänien auf die Standards der Europäischen Union noch nicht vorbereitet.“ Niemand zweifelt die Expertise des Kronzeugen an. Es ist Traian Basescu, der Staatspräsident Rumäniens.

In Straßburg sowie in Brüssel, Berlin, London, Paris und anderen europäischen Hauptstädten hat man die Warnungen gehört, doch beschlossen, sie zu ignorieren.

Am vergangenen Mittwoch entschied das Europaparlament mit überwältigender Mehrheit, Rumänien und seinen Nachbarn Bulgarien, in dem kaum bessere Verhältnisse herrschen, als 26. und 27. Mitgliedsstaat der EU aufzunehmen. Voraussichtlich am 1. Januar 2007, spätestens aber am 1. Januar 2008 gehören die beiden Länder, die zu den ärmsten Europas zählen, zum Club. Am kommenden Montag werden die Außenminister der 25 Mitglieder in Luxemburg feierlich die Beitrittsverträge unterzeichnen.

So dreist haben sich Parlamentarier und Regierungen selten über die Befürchtungen und Sorgen ihrer Bürger und die Wirklichkeit hinweggesetzt. Während Brüssel und die Hauptstädte bereits den Beitritt der Türkei und Kroatiens planen, sehen Europas Bürger den Kandidaten immer misstrauischer entgegen.

Doch ihre Regierungen haben Widerstand gegen die offizielle Brüsseler Linie kurzerhand zu antieuropäischem Verhalten umdefiniert. Wer die Union durch immer neue Mitglieder überfordert sieht, gilt als kleingeistig, wer die ausufernden Kompetenzen Brüssels in Frage stellt, als Bremser, wer den Türkei-Beitritt kritisch sieht, als strategischer Ignorant.

Dass die Europapolitiker aller Länder mittlerweile in völlig anderen Sphären schweben als ihre Bürger, ist inzwischen selbst den Entschwebten aufgefallen. Europa leide an akuter „Erweiterungsmüdigkeit“, musste der Finne Olli Rehn am vergangenen Mittwoch im Europaparlament zugeben. Der Mann sollte wissen, wovon er spricht. Er ist der neue Erweiterungskommissar der EU. „Unsere nächsten Schritte müssen wir allmählich und sorgfältig setzen“, sagte Rehn, der wie das Gros seiner Kollegen angespannt und unruhig den 29. Mai erwartet, an dem über nichts weniger als die Zukunft des Kontinents entschieden wird.

An diesem Tag werden die Franzosen über die europäische Verfassung abstimmen. Alle Umfragen gehen bislang davon aus, dass die Neinsager deutlich in der Mehrheit sind. Votieren die Franzosen gegen das Vertragswerk, wäre das auch eine spektakuläre Absage an die Erweiterungspläne der europäischen Regierungen. „Ein Scheitern des Referendums würde Europa in eine schwere Krise stürzen“, sagt der CDU-Außenpolitiker Volker Rühe.

Denn das Nein würde bedeuten, dass die geplante Vertiefung der Union auf Jahre hinaus verschoben werden müsste - wenn sie denn überhaupt kommen würde. Doch gerade die Vertiefung war es, die in den europäischen Hauptstädten stets als zwingende Voraussetzung der Erweiterung gesehen wurde. „Wenn die EU einen Antrag auf Beitritt stellen würde“, spottet der SPD-Europaabgeordnete Martin Schulz, „würde sie zurückgewiesen. So groß sind bei uns noch die Demokratiedefizite.“

Eine Union, die ungebremst neue Mitglieder aufnimmt, aber gleichzeitig eine grundlegende Reform ihrer Institutionen nicht zustande zu bringen vermag, wäre ein Alptraum. Doch die meisten Regierungen scheinen sich mit dem Gedanken abgefunden zu haben. Durch ihre Entscheidung, zwei der ärmsten Länder des

Kontinents aufzunehmen, haben sie immerhin gerade selbst dafür gesorgt, dass die EU noch komplizierter und unregierbarer wird als bisher.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von jährlich nur 2500 und 2700 Euro liegen Bulgarien und Rumänien weit abgeschlagen im europäischen Vergleich. Lettland, das ärmste der zehn Beitrittsländer des vergangenen Jahres, bringt es auf 4800, Deutschland dagegen auf über 26000 Euro. Zwar haben Bulgaren und Rumänen mit jährlichen Wachstumsraten von etwa fünf Prozent die Aufholjagd begonnen, doch immer noch leben weite Teile der Bevölkerung in tiefer Armut.

In Bukarest etwa finden sich nur wenige Autominuten vom pompösen Parlamentsgebäude, dem einst von Diktator Nicolae Ceausescu errichteten „Haus des Volkes“, schäbige Hinterhofunterkünfte. Hier hausen vor allem Roma-Familien unter unwürdigsten Bedingungen, das Wasser müssen sie sich vom Hydranten abzweigen. Minderjährige Prostituierte bieten sich zu Billigpreisen an, sie betäuben ihr Elend im Drogenrausch. Vom Aufbruch in ein neues - europäisches - Zeitalter ist in diesen Gegenden wenig zu spüren.

In Bulgarien gehört neben der Armut vor allem die Kriminalität zum Alltag der Menschen. Sie sind mittlerweile Hollywoodreife Wildwestszenen gewohnt. Vor zwei Wochen war es Kiril Kirov, den es hinterrücks traf - die Tat eines Profis. Das Projektil zerfetzte Kirovs Nacken. Der 41-Jährige, in Unterwelkreisen bekannt als „der Japaner“, sackte auf dem befahrenen Vassil Levski Boulevard im Zentrum Sofias zusammen, es war hellichter Tag. Vom Täter - keine Spur.

Kirov, eine weitbekannte Unterweltgröße, Inhaber zahlreicher Firmenbeteiligungen und einer der mächtigsten Drogenbosse des Landes, fiel später ins Koma. Hinter dem Anschlag, munkelt man in Bulgariens Hauptstadt, stecke womöglich eine andere namhafte Schreckensgestalt: Ivan Todorov, genannt „der Doktor“.

Seit Monaten liefern sich verfeindete Mafia-Clans unerbittliche Fehden. Im vergangenen Jahr verging keine Woche, in der sich die Mafiosi nicht gegenseitig niederstreckten. „Die Cosa Nostra im Herzen Sofias“ titelte eine bulgarische Zeitung nach einem Bombenanschlag mit vier Toten.

Insgesamt, so schätzen Experten, wurden allein 2004 landesweit annähernd 60 Auftragsmorde begangen. Hinter den Rivalitäten vermuten sie Verteilungskriege verfeindeter Drogenbanden.

Die Kaltschnäuzigkeit, mit der die Killerkommandos selbst vor den Augen der Ordnungshüter aufeinander losgehen, legt dramatisch die Ohnmacht des bulgarischen Justizwesens bloß: Strafverfolgung ist die Achillesferse des knapp acht Millionen Einwohner zählenden Landes.

Von europäischer Normalität ist man noch meilenweit entfernt. Denn mit der Strafverfolgung kränkelt das gesamte Gerichtswesen. Ohne eine funktionierende Justiz, so die Warnung aus Brüssel - die mit ebensolcher Schärfe auch an das Nachbarland Rumänien ergeht -, gebe es 2007 keinen Beitritt. Die dritte Staatsgewalt müsse umgekrempelt, die Korruption eingedämmt werden. Vor allem die Reform des Justizapparats, drängt Erweiterungskommissar Rehn Bukarest etwa, sei die „Priorität aller Prioritäten“.

In Bulgarien komme es „oft erst gar nicht zu einer Verurteilung“, sagt der Journalist Boitscho Popov. „Und wenn, dann lassen die Urteile sehr lange auf sich warten.“ Verdächtige würden zwar mitunter festgenommen, aber häufig schon nach wenigen Tagen auf freien Fuß gesetzt.

In anderen Fällen verschwinden im Justizapparat auf mysteriöse Weise Akten, werden Unterlagen von einer Abteilung zur nächsten geschoben. Brisante Prozesse, in denen sich Altkader wegen illegaler Bereicherung verantworten müssen, ziehen sich mitunter Jahre hin.

Dabei hätte die Justiz allen Grund, schnell und effektiv zu handeln. Korruption wuchert überall: Mal hält der einfache Straßenpolizist die Taschen auf, mal versucht der Zollbeamte, sein niedriges Gehalt aufzubessern - und selbst Ärzte lassen sich für ihre Dienste an Patienten schmieren. Premier Simeon Saksoburggotski,

blaublütiger Spross aus dem Hause Sachsen-Coburg-Gotha, hatte korrupten Staatsdienern wiederholt den Kampf angesagt - nicht zuletzt als Reaktion auf den anhaltenden Druck aus Brüssel. Doch die Maßnahmen, kritisieren Rechtsexperten verpuffen nahezu wirkungslos.

Allenfalls auf niedrigen Beamtenebenen zeigen die Reformen allmählich Wirkung. Die wesentlich brisantere, politische Korruption dagegen ist ungebrochen. Sie dringe „in alle politischen Gewalten ein und betrifft Vertreter der Regierung als auch der Opposition“, resümiert „Coalition 2000“ die für demokratische Reformen eintritt.

Das hohe Maß an politischer Korruption sei „alarmierend“, befindet auch Alexander Neofitov von Transparency International, einer Organisation, die Korruption weltweit anprangert. In ihrer neuesten Übersicht rangiert Bulgarien auf Platz 5, (von insgesamt 146 Ländern) - Seite an Seite mit Staaten wie Mauritius und dem südafrikanischen Namibia.

Auch Rumänien steht wegen seiner ausufernden Korruption am Pranger. Auf der Mängelliste aus Brüssel findet sich das Problem ganz oben. Denn im weltweiten Korruptionsindex liegt das Karpatenland weit abgeschlagen hinter allen übrigen EU-Ländern auf Platz 89 - gleichauf mit Iran und der Dominikanischen Republik. Immerhin sendet die neue liberal geführte Regierung von Premier Calin Popescu-Tariceanu, die gerade einmal vier Monate im Amt ist, durchaus positive Signale aus. Auch Rumäniens neuer Staatspräsident Traian Basescu nennt die Probleme für Bukarester Verhältnisse mit ungewohnter Offenheit beim Namen: Korruption sei eine der „Hauptgefahren für unsere nationale Sicherheit“, der weitverbreiteten Bakschisch-Mentalität müsse der Kampf angesagt werden. Eine ambitionierte Aufgabe in einem Land, in dem das Schmieren von gierigen Beamten zum guten Ton gehört.

„Korruption ist hierzulande ein allgemeines Phänomen“, bekräftigt Cristian Parvulescu von der Organisation „Pro Democratia“. Nahezu alle staatlichen Berufsgruppen mischten mit im Korruptionsnetzwerk: Geschäftsleute, Staatsanwälte, Polizisten. „Sie alle sind Teil des Systems. Und das System ist mächtig.“

Den politischen und wirtschaftlichen Umbruch 1989 nutzten insbesondere die alten Seilschaften, um sich zu bereichern. Bei der Privatisierung schafften sie es oft sogar, sich die begehrtesten Filetstücke an Land zu ziehen - und später Kasse zu machen. So erklärt sich mitunter der immense Reichtum einiger weniger.

Dies kriminelle Kapitel der Transformation soll nun, so zumindest der bekundete Wille der Regierung, erstmals systematisch aufgearbeitet werden. Ende März legte Bukarest einen auf zwei Jahre angelegten Aktionsplan vor - einen Tag bevor das von der EU-Kommission gesetzte Ultimatum ablief. Bereits seit einigen Wochen ermittelt eine neugeschaffene Antikorruptionsbehörde verstärkt gegen Vertreter und Parteileute der abgewählten sozialistischen Regierung.

Wegen Missbrauchs öffentlicher Gelder und Korruption müssen sich zurzeit etliche sogenannte Lokalbarone verantworten. Der ehemalige Bürgermeister der ostrumänischen Stadt Bacau, Dumitru Sechelariu, soll Firmen von Familienangehörigen öffentliche Aufträge zugeschustert haben. Landesweit berühmt wurde der Bürgermeister, weil er das heimische Fußballstadion kurzerhand mit seinem Namen adelte.

Viele, gegen die ermittelt wird, haben eins gemeinsam: Sie sind Mitglied der Sozialisten (PSD), der Partei von Ex-Premier Adrian Nastase. Er und seine Genossen haben eine lange Liste politischer Sündenfälle zu verantworten. 2003 musste Nastase ausgerechnet die für EU-Integration zuständige Ministerin feuern. Sie soll Unternehmen ihres Mannes Brüsseler Fördermittel zugeleitet haben. Der Ex-Premier selbst trägt im Volksmund den Namen „Nastase-Sieben-Häuser“ - eine Anspielung auf den wundersamen und zahlreichen Immobilienbesitz des Politikers.

Bei der Parlamentswahl im vergangenen November musste Nastases Partei überraschend eine Niederlage hinnehmen. Die Wähler verweigerten der skandalgeschüttelten Regierungstruppe die Gefolgschaft. Der Sieg der liberalen Opposition, urteilte die Politologin Alina Mungiu Pippidi, sei auch ein Sieg der Mobilisierung gegen die Sozialisten, „damit die Demokratie nicht weiter verfällt“.

Beispiel Justiz: Während die bisherige rumänische Regierung in Brüssel eifrig Reformwillen bekundete, dekretierte sie daheim ohne Skrupel bis in die Richterschaft hinein. Die Mehrheit der Juristen wurde politisch unter Druck gesetzt, heißt es etwa im letzten EU-Fortschrittsbericht. Selbst hochrangige Posten wie jenen des Präsidenten am Obersten Bukarester Gerichtshof vergaben die Sozialisten nicht nach Kompetenz, sondern nach Parteinähe.

Beispiel Presse: In den vergangenen Jahren wurden kritische Journalisten landesweit bedroht, ja sogar körperlich angegriffen, berichtet die Bukarester Media Monitoring Agency. Um Berichterstatter, die unsauberen Geschäften und windigen Deals der korrupten Polit-Elite auf der Spur waren, mundtot zu machen, überzogen die Betroffenen die Redaktionen mit einer Welle von Klagen.

In seinem 21-seitigen Bericht über die Situation der Menschenrechte in Rumänien führt das US-Außenministerium zahlreiche Beispiele von bedrohten Journalisten an. So habe in der Stadt Bacau der frühere Bürgermeister einem Lokaljournalisten mit Mord gedroht, weil der zu seiner Wahlniederlage beigetragen habe. In Movileni sei ein Presseemann mit dem Tode bedroht worden, weil er über die Wilderei des dortigen Bürgermeisters berichtet habe.

Beispiel Vergangenheitsbewältigung: Ehemalige Mitarbeiter des berüchtigten Geheimdienstes Securitate - unter Ceausescus Regime einer der wichtigsten Machtpfeiler - haben in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wieder Schlüsselpositionen besetzt. Die Sozialisten, so die verbreitete Kritik, hätten wegen eigener Verstrickungen mit dem Geheimdienst die Aufarbeitung der kommunistischen Unterdrückungsapparate systematisch behindert.

„Wenn Sie mit den Rumänen verhandeln, können Sie davon ausgehen, dass die Securitate immer mit am Tisch sitzt“, sagt ein hoher Diplomat in Berlin.

Angesichts der vielen noch ungelösten Probleme im Land ist die Erwartung der rumänischen Bevölkerung an eine Zugehörigkeit zur EU extrem hoch. Knapp 80 Prozent befürworten den Beitritt. „Viele hoffen, dass die verkrusteten und korrupten Strukturen dann besser kontrolliert werden können - und zwar von Brüssel aus“, sagt Anneli Gabanyi von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik.

Denn selbst der neue Präsident Basescu, der sich vor allem in Brüssel gern als Saubermann präsentiert, steht in der Kritik. Er soll in den neunziger Jahren an dubiosen Verkäufen der rumänischen Handelsflotte beteiligt gewesen sein - geschätzter Schaden für den rumänischen Fiskus: 300 Millionen Dollar. Neben Basescu, der sich für unschuldig hält, wird derzeit gegen 80 weitere Verdächtige ermittelt. Der Vorwurf: Missbrauch der Amtsgewalt, Fälschung, Geldwäsche, Unterschlagung.

KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN, MARION KRASKE, ALEXANDER SZANDAR